Basel, den 16. November 1940 — 40. Jahrgang - No. 46

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (VSK) in Basel

Erscheint wöchentlich 8–16 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 10.— per Jahr, Fr. 5.50 per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr



Redaktion: Dr. WALTER RUF
Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (VSK) Basel, Tellstrasse 62/64

Inhalt:

Offenheit und Härte.

Wenn jüngst von höchster verantwortlicher Stelle die Schweiz mit einer belagerten Festung verglichen wurde, so bedeutet dies die Feststellung einer Tatsache, über deren Bedeutung man sich wohl nur in wenigen Kreisen bewusst ist. Nicht ohne Grund ist gegenüber den Behörden in den letzten Wochen der Vorwurf erhoben worden, dass sie es an der nötigen Aufklärung fehlen liessen und deshalb auch ihren Teil Schuld an der nervösen Hamsterei zu tragen hätten. Man wird den Eindruck nicht los, dass man auch heute noch eine unerklärliche Scheu empfindet, das Volk über die tatsächliche Situation unserer Wirtschaft und vor allem die Perspektiven, die sich von Woche zu Woche deutlicher und zwingender abzeichnen, aufzuklären. Das Gefühl, dass man sich ohne allzuschädlichen Aderlass auch noch durch die kommenden Monate und Jahre hindurchschlagen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit den bisherigen Methoden lösen oder auch nur überstehen könne, scheint bis weit hinauf vorzuherrschen. Mit einer Vogelstrauss-Politik kommen wir heute jedoch bestimmt nicht weiter, vor allem dort nicht, wo es sich um Tatsachen handelt, die durch die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen werden.

Ein Blick auf die Karte von Europa und die Stelle, wo sich die Schweiz befindet, zeigt die Schwierigkeiten, die einer geordneten Warenzufuhr entgegenstehen. Wenn auch der Import in gewissem Maße noch aufrechterhalten ist, so haben doch die an sich schon wenigen Verkehrsmittel, die durch den Krieg Italien-Griechenland noch eine fast entscheidende Minderung erfahren haben, derartige Hemmnisse zu überwinden, dass es keiner besonderen Sehergabe mehr bedarf, um zu erkennen, dass sich das Schweizer Volk für die nächste Zukunft in noch viel gesteigertem Maße mit dem abzufinden haben wird, was im eigenen Lande wächst und noch gewonnen werden kann. Nicht nur die Zufuhr von Nahrungsmitteln, sondern auch von Rohstoffen ist durch den Krieg, dessen wichtigste wirtschaftliche Kennzeichnung immer noch die unumschränkte Blockade darstellt, auf die Dauer in Frage gestellt. Die Schweizer Industrie sieht sich so Problemen gegenüber, die schon im Laufe des nächsten Jahres in ein akutes Stadium treten können.

Den sich damit abzeichnenden Gefahren für das Schweizer Wirtschafts- und Gesellschaftsleben gilt es beizeiten zu begegnen. Eine Rationierung, die sich auf sämtliche nur in beschränktem Maße vorhandenen lebensnotwendigen Bedarfsartikel erstreckt, wird dafür sorgen müssen, dass die vorhandenen Vorräte auch den Minderbemittelten zugute kommen und mit den Vorräten haushälterisch umgegangen wird. Eine energische Förderung der Pflanzlandbewegung, die Urbarmachung, Meliorierung und Bereitstellung von Land für den Anbau landwirtschaftlicher Produkte im kleinen und grossen (Sportplätze, eventl. städtische Anlagen, Sumpfland usw.), wird die Ernährungsbasis unseres Volkes erweitern und für viele Tausende nicht nur neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen, sondern auch die Selbstversorgung mit wichtigen Lebensmitteln gestatten. Dort, wo es möglich ist — und dies dürfte an vielen Orten der Fall sein — soll für die Industriearbeiter- und -angestelltenschaft ländlicher und kleinstädtischer Gebiete im Blick auf fehlende Aufträge eine gesunde Aufteilung der Arbeitszeit in industrielle und landwirtschaftliche Betätigung geprüft werden.

Alle diese Massnahmen werden notwendig sein. Sie setzen jedoch voraus, dass das Schweizer Volk den Willen besitzt — unter gerechter

Verteilung der sich ergebenden Opfer — die Einschränkungen und sogar Entbehrungen, die eine solche Umstellung mit sich bringt, auf sich zu nehmen. Es handelt sich — zum mindesten für die Dauer des Krieges — um eine Anpassung an die Lebensbedingungen anderer Völker. Diese Anpassung dürfte jedoch um so erträglicher und natürlicher sein, wenn man sich nicht nur ihrer aus gegenwärtigen Machtverhältnissen sich ergebenden Notwendigkeit bewusst wird, sondern auch als Schweizer das positive Bewusstsein in sich tragen darf, dass es zeitweise Entbehrungen für ein höheres Ziel sind. Der Sinn unserer militärischen Bereitschaft und all der sonstigen internen Massnahmen zur Erhaltung unserer Unabhängigkeit und Freiheiten ist nicht das Streben nach materieller Besserstellung gegenüber andern Völkern, sondern in allererster Linie das Zeichen der Verpflichtung gegenüber dem Schaffen der frühern Generationen und dem Geistesgut, das sich von der genossenschaftlichen Grundsteinlegung des Schweizerhauses bis in die heutige Zeit erhalten und weiterentwickelt hat. r.

Solidarität!

Auf Schritt und Tritt begegnen wir heute in der Presse Äusserungen von Politikern und Wirtschaftsführern, welche uns belehren, die Zeit des Kapitalismus sei nun endgültig überwunden; es gelte jetzt, endlich ein ideales Wirtschaftssystem aufzubauen, das jedem Volk und jeder sozialen Schicht ihre Lebensrechte sichere. Natürlich ist das unser aller Wunsch, aber die Wege, die an dieses erhabene Ziel führen sollen, sind bisher noch völlig im Dunkel. Bei den führenden Köpfen in Wirtschaft und Politik liegt es, neuen Ideen aufgeschlossenen Sinnes näher zu treten, sie zu prüfen und sich der guten unter ihnen zu bedienen. Da und dort sind in letzter Zeit, wohl unter dem Einfluss des Weltbrandes, wieder einmal Sinn und Sendung der Schweizerischen Eidgenossenschaft unter die Lupe genommen worden. Man hat auch Beispiele aus der Schweizergeschichte hervorgeholt, um zu zeigen, wie Solidarität, Einigkeit, Zusammenstehen, gegenseitige Hilfe stark machten, wie anderseits in Zeiten des Zwiespalts die Eidgenossenschaft in ihren Grundlagen erschüttert worden ist. Darum heisst die Parole heute mehr denn je: Solidarität! — Solidarität aber nicht nur unter ein paar wenigen Gleichgesinnten, sondern Solidarität unter allen! Solidarität zwischen Vertretern verschiedener sozialer Schichten, verschiedener Berufe, Bekenntnisse, Landesteile usf. (Für internationale Solidarität scheint die Menschheit noch nicht reif zu sein!) Und daran hat es gerade bis heute gefehlt. Die Zeit des schrankenlosen Liberalismus ist vorüber; damit aber auch die Zeit der blossen Verfolgung des «self-interest», des Selbstinteresses, oder wie es auch schärfer ausgedrückt wird, des Eigennutzes. Wenn in den totalitären Staaten auch das Prinzip «Gemeinnutz geht vor Eigennutz» nicht konsequent durchgeführt worden ist, so hat dort doch mancher ehemalige extreme Liberalist sich zwangsweise dazu erziehen lassen müssen, seine persönlichen Wünsche zurückzustellen. Wir Schweizer jedoch, die wir Freiheit wollen, möchten trotzdem nicht Ordnung, Disziplin, Menschenwürde, soziale Gerechtigkeit und Brudersinn einer schrankenlosen Freiheit opfern. Das politische und wirtschaftliche Denken und Handeln des einzelnen und der Gesamtheit muss heute absolut auf den Gemeinnutz ausgerichtet werden. Dies leuchtet heute manchem ein, der vor dem September 1939 ein verbohrter Liberalist gewesen ist. Endlich sieht auch er ein, dass es ja gar nicht mehr darum geht, ob und wie er den grösseren Profit machen, sondern ob er überhaupt noch arbeiten kann. Kontingentierung und Rationierung haben ihm die Augen geöffnet. Ja, man kann sogar sagen: Die Rationierung ist in gewissem Sinne eine soziale Errungenschaft! Leider aber haben sich noch nicht alle «oberen Schichten» zu dieser Erkenntnis durchgerungen. Noch für manchen Unternehmer gelten die privatwirtschaftlichen Regeln, wie er sie in seiner Jugendzeit und in seiner Praxis tausendmal gelernt und angewandt hat. Begreiflich, denn er hat nie etwas von Volks-Wirtschaft gehört in seiner Lehrzeit. Und heute will er sich nicht mehr umstellen, «weil es bisher auch so gegangen ist», und vielleicht sogar gut für ihn persönlich. —

Der Satz, dass den Interessen der Gemeinschaft am besten gedient sei, wenn jeder seine privaten Interessen verfolge, hat sich schon lange als Trugschluss erwiesen. Vielmehr muss heute die Devise lauten:

Handle im Interesse der Gemeinschaft, dann handelst Du auch in Deinem Interesse, denn das Wohl der Gemeinschaft ist auch Dein Wohl.

Leicht wird es sicher nicht sein, gewisse asoziale Elemente aus dem zukünftigen Wirtschaftsleben zu eliminieren, wenn wir nicht mit den uns verwerflich erscheinenden Zwangsmassnahmen der totalitären Staaten eingreifen, sondern durch freiwillige Disziplin dasselbe erreichen wollen. Selbsthilfe ist nach schweizerischer Auffassung immer noch besser als Staatshilfe. Darum ist es begrüssenswert, wenn führende Politiker, die bisher nicht von ihrem Parteistandpunkt abgewichen sind, heute sich die Mühe nehmen, bei ihrem Gegner (oder vermeintlichen Gegner) das zu suchen, worin sich die Interessen decken. Eine gleiche Bewegung ist bekanntlich auch auf wirtschaftlichem Gebiete erkennbar, indem Handwerk und Industrie einerseits, Kleinhandel, kapitalistische Grossorganisationen und Konsumgenossenschaften anderseits sich über ihre Interessengebiete zu verständigen beginnen. Dies führt zu einer konstruktiven Wirtschaftspolitik, zum Unterschied von der bisherigen, oft lächerlichen, destruktiven Politik der Bekämpfung des Gegners und der einseitigen Anrufung von Bundeshilfe als Heilmittel gegen wirtschaftliche Arterienverkalkung. ees.

Die beste Verkaufstechnik besteht nicht in der Überredung, sondern in der Gewinnung und Überzeugung.

*

Wahrheit im Geschäft und Wahrheit im Verkauf sind immer aufbauend.

*

Durch geschickte Fragen und überzeugendes Demonstrieren wird das Interesse des Kunden meistens schneller geweckt als durch langen Redefluss. *Emil Oesch.*

Zweite deutschschweizerische Studienzirkel-Tagung.

(Korr.) Sonntag, den 27. Oktober, fanden sich im «Katharinahof» in Thalwil am Zürichsee 106 Vertreter von Studienzirkeln, darunter 14 Genossenschafterinnen, zu gemeinsamer Tagung zusammen. Aufgeweckte Basler Jugend, mehr als ein Dutzend beiderlei Geschlechts, sass an eigenem Tisch und gab der Konferenz besondere Weihe durch prächtige Darbietung vor allem von «Rölli»-Liedern.

Den Vorsitz führte Dr. Faucherre von der Verwaltungskommission des Verbandes schweiz. Konsumvereine. Er entbot allen herzlichen Willkommensgruss, im besonderen den Herren Maurice Maire, Dr. Dami, Mitarbeiter an den französischsprachigen Organen des V. S. K., Direktor Spengler, Frl. Gröbli, Sekretärin des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz.

Nach dem letzten Leiterkurs im Freidorf wurde zur Intensivierung der Arbeit vom V. S. K. eine engere Studienzirkelkommission gegründet. Ihr gehören an: vom V. S. K. die Genossenschafter Dr. Faucherre, Handschin, Dr. Ruf, vom Seminar Freidorf Dr. Jaeggi, Kreis IIIa Althaus (Bern), Kreis IV Eugen Stoll (Basel), Kreis V Theiler (Aarau), Kreis VI Schnurrenberger (Erstfeld), Kreis VII Flach (Winterthur), Prof. Frauchiger (Zürich), Kreis VIII Mächler (Uzwil) und Kreis IX Zwicky-Guhler (Mollis).

Als erster Referent sprach Herr Maire mit grosser Sachkenntnis und Objektivität über den Stand unserer Landesversorgung. Die Schweiz, führte er aus, ist geographisch ungünstig placiert. Ein langer Landweg, wobei die Waren noch umgeladen werden müssen, verteuert den Transport ganz wesentlich. Durch die Schiffbarmachung des Oberrheins bis Basel sind die Spesen zwar kleiner geworden. Die Blockade, die der Totalkrieg herbeigeführt hat, verursacht aber ganz besonders grosse Schwierigkeiten.

Wie 1914/18 durch die S. S. S. (Société Suisse de Surveillance Economique) eine strenge Kontrolle ausgeübt wurde, so sind es heute die Kriegssyndikate, die dieser Aufgabe obliegen. Der Bund hat die Verpflichtung übernommen, alle importierten Waren ausschliesslich dem Konsum zuzuführen und den Export nur im Sinne der Vereinbarungen zu bewerkstelligen. Die Syndikatsmitglieder, das heisst die Importeure und Importeurenverbände, dürfen auf Grund der Zertifikat-Garantie die Waren nur an Detaillisten abgeben und diese sie hinwiederum nur dem direkten Verbrauch übermitteln. Und das alles nur im eigenen Lande, in der Schweiz.

Unterwegs werden die Schiffe an verschiedenen Orten zur Kontrolle angehalten, so in Malta, Gibraltar, Genua, Marseille. An der spanischen Grenze macht die verschiedene Spurweite der Eisenbahnen ein Umladen der Waren notwendig, so dass dadurch die ohnehin schon grossen Frachtspesen noch weiter anwachsen.

Der heutige Stand unserer Landesversorgung darf als befriedigend angesehen werden und gibt zu keinen übermässig grossen Besorgnissen Veranlassung. Die Schweiz hat bis jetzt unter den Weltgeschehnissen nicht allzuviel zu leiden gehabt. Aufgabe von uns allen aber muss nach wie vor sein, in Dankbarkeit und treuer Pflichterfüllung den gemeinschaftlichen Geist zu stärken und bei jeder Gelegenheit unsere Institutionen zu fördern.

Starker Applaus wurde dem Redner gespendet. In der danach kurz waltenden Diskussion wurde die um sich greifende Hamsterei einer scharfen Kritik unterzogen und auf verschiedene Mängel unseres Verwaltungssystems hingewiesen. Dies gab Prof. Frauchiger, Zürich, Veranlassung, aufzuzeigen, wie bei uns in der Schweiz der Staat, der das ganze Volk verkörpert, zur Wirtschaftslenkung übergehen musste, so dass nun auf der einen Seite das entscheidende demokratische Recht sich geltend macht und auf der anderen Seite der Zugriff des Staates immer mehr fühlbar wird.

Der Nachmittag galt der Aussprache über die Studienzirkeltätigkeit zu Stadt und Land. Dr. Dami berichtete über die Bewegung im Welschland. Direktor Spengler von der Genossenschaft «Bücherfreunde» sprach als Vertreter derselben für Förderung des guten Buches. Damit wird auch vermehrtes Verständnis für die Genossenschaft geweckt. Die kleine Kulturgeschichte: « 10,000 Jahre Schaffen und Forschen » von Paul Bösch mit ihren prächtigen Holzschnitten sollte zum allgemeinen Volksbuch werden. Steinemann, Zürich, wies auf die in gleicher Richtung gehenden Bestrebungen der Genossenschaftsbuchhandlungen in der Ostschweiz, in Zürich und Winterthur, hin. Und nun ergoss sich ein frischfröhlicher Redestrom über bisherige Erfahrungen, über Wünsche und Anregungen zu noch grösserer genossenschaftlicher Bildungsarbeit. Die Basler Jugend trat besonders auf den Plan; ihrem Lern- und Lehreifer zollte Prof. Frauchiger aufmunternde Worte des Dankes und der Anerkennung. Mit warmem Appell an alle zu weiterer fruchtbringender Arbeit unter dem Losungswort: Wer immer strebend sich bemüht, schloss Dr. Faucherre die eindrucksvolle Tagung.

Zur „Hamsterei".

Als unter dem Eindruck politischer Vorgänge und der Katastrophe im Westen verschiedene Hausfrauen nicht nur ihre Notvorräte ergänzten, sondern in bestimmten Waren übermässige Einkäufe tätigten, haben wir unseren Depotleiterinnen nachstehendes Schreiben zugestellt mit dem Ersuchen, das Blatt an sichtbarster Stelle im Laden auszuhängen, damit auch das Publikum vom Inhalt Kenntnis nehmen könne.

«An die Verkäuferinnen beider Depots.

Wir bitten Sie dringend, mit heute keine grösseren Quantums in einzelnen Artikeln mehr abzugeben.

Wünschen Konsumenten grössere Mengen von der gleichen Ware zu kaufen, so soll dies der Verwaltung gemeldet werden, die sofort entsprechend einkauft, und erst wenn die Ware eingetroffen ist, kann auch der Kunde das gewünschte Quantum in Empfang nehmen.

Wenn ferner je wieder Falschmeldungen, Gerüchte oder Radiomitteilungen zu Masseneinkäufen Anlass geben, so dürfen in den betreffenden Artikeln keine mehrfachen Quantumseinheiten verkauft werden, sondern nur normale Portionen, also z. B. höchstens 2 Päckli Waschpulver, 2 Stück Seife etc., unter möglichster Berücksichtigung des bisherigen Warenbezuges jedes Konsumenten.

Durch Befolgung dieser Vorschrift verhindern wir, dass bestimmte, oft nicht mehr rasch zu beschaffende Waren jeweils allzuschnell vergriffen sind und nur einzelne Kunden vom derzeitigen Lager profitieren.

Die Aufgabe unseres gemeinnützigen Unternehmens besteht ja auch darin, gerade in schwierigen Zeiten möglichst allen unseren bisherigen Konsumenten zu dienen.»

Der Erfolg dieses Schreibens war augenfällig: denn eigentliche Hamsterversuche sind seither unterblieben, und auch in den kürzlichen kritischen Tagen hat unsere Konsumentenschaft trotz unmittelbarer Nähe der aufgeregten Stadt verhältnismässig Disziplin bewahrt.

Wir sind daher überzeugt, dass dort, wo wirkliche Hamstereien vorkamen, die Schuld nicht nur das Publikum, sondern auch die Verkäufer trifft: denn es genügt eben nicht, bloss zu tun, «als ob» man Hamsterei verurteile, um dann nach Ladenschluss beim Betrachten der herrlichen Umsätze vergnügt die Hände zu reiben!

Die Genossenschaften müssen in diesen Zeiten vor allen andern Unternehmen bemüht sein, vorsichtig, umsichtig und gerecht zu handeln, jede Hamsterei zu verunmöglichen, um allen jenen Hausfrauen, die nicht bei jedem Unkenruf in den Laden springen können, sondern tagsüber an einem Arbeitsplatz festgehalten sind und meist mit knappem Einkommen zu rechnen haben, ihren Bedarf zu sichern.

Wir genossenschaftlichen Konsumvereine wollen keine Kriegsgewinnler, sondern wahre, verantwortungsbewußte Diener unseres Volkes bleiben! E. H.

Schwindende Solidarität?

In der «N. Z. Z.» vom 31. Oktober 1940 schreibt Herr Prof. Dr. O. Howald u. a.:

«Im letzten Herbst und im Frühjahr 1940 sind der Landwirtschaft sehr bereitwillig jugendliche Hilfskräfte angeboten worden zum Einbringen der Ernte und zum Anpflanzen der Kartoffeln. Diesen Herbst hat diese schöne Hilfsbereitschaft aber bereits stark nachgelassen. Wenn jedoch der Landwirtschaft in der nächsten Vegetationsperiode nicht 30,000 bis 40,000 Arbeitskräfte mehr zur Verfügung stehen als 1940, so kann sie das verlangte Mehranbauprogramm nicht durchführen. Diese Feststellung kann der städtischen Bevölkerung nicht genug zur Kenntnis gebracht werden.

In sehr verdankenswerter Weise haben Frauenvereinigungen in verschiedenen Städten die Ausführung von Flickarbeiten für überlastete Bäuerinnen übernommen. Diese Hilfeleistung ist von den weit über ihre Kräfte arbeitenden Landfrauen ausserordentlich geschätzt und dankbar empfunden worden. Nun teilt aber bereits die Fürsorgedienststelle eines Territorialkommandos mit, dass es je länger desto schwerer halte, willige Helferinnen für die «wirklich oft abschreckende Arbeit» zu finden. Wenn die Ausdauer zum Zusammenstehen, Zusammenhalten und Zumeinanderhelfen schon nach vierzehn Kriegsmonaten zu erlahmen beginnt, so haben wir die schwersten Bedenken, ob unsere Bevölkerung die mit Sicherheit noch zu erwartenden Prüfungen bestehen kann.»

Sind die Schlussfolgerungen Prof. Howalds nicht zu düster? Wir haben Vertrauen in das ganze Schweizervolk, dass es — wenn sie kommen sollte — die härteste Prüfung standhaft, tapfer und treu bestehen werde.

Sollte es in bezug auf den Misserfolg der oben erwähnten Hilfsaktionen nicht auch an der Organisation fehlen? Uns sind Fälle bekannt, bei denen Jünglinge voller Helferfreude die grösste Mühe hatten, ihre Arbeitskraft bei Bauern unterzubringen, da es an zur Verfügung stehenden Adressen mangelte.

Sicher sind auch konsumgenossenschaftliche Frauenvereine, die schon so manche Hilfsaktion unterstützt und durchgeführt haben, gerne bereit, ihr möglichstes zur Erleichterung der Arbeit überlasteter Bäuerinnen zu tun. Ein Appell an sie dürfte bestimmt Früchte zeitigen.

Stimmen zur Erneuerung.

Ansatzpunkte wirtschaftlicher Neuorientierung.

Eine Politik des Abbaues des Proletariats hat zum Ziel, die nichtproletarischen Lebens- und Erwerbsformen zu stärken und zu fördern, wo auch immer sie sich finden und entwickeln lassen. Damit verliert die Sozialpolitik ihre frühere Selbständigkeit, die immer etwas seltsam und ein Ausdruck der Verschrobenheit unserer Welt gewesen ist, und geht auf in vernunftgemässe Bauern-, Handwerker-, Kleingewerbe-, Industrie- und Siedlungspolitik.

Der verständnislose Einwand, dass damit nur eine Mittelstandspolitik alten Stils wiederaufgewärmt würde, darf uns dabei nicht irre machen. Es ist wahr, dass eine solche Politik in der Vergangenheit oft durch engherzig-egoistische Privilegierungsbestrebungen in Misskredit geraten ist und dadurch einen etwas muffigen Geruch angenommen hat. Wir alle hatten nur zu oft den Eindruck, als sollten bestimmte Erwerbszweige mottensicher eingekampfert werden. Hier tut tüchtige Lüftung dringend not, und wenn wir uns nicht täuschen, ist sie bereits im Gange.

Der Kampfergeruch der «Mittelstandspolitik» — und ebenso einer bestimmten Art landwirtschaftlicher Interessenpolitik — rührte im Grunde daher, dass man mutlos geworden war. Man hatte das Vertrauen zur eignen Kraft und zur Fähigkeit, im Wettbewerb mit den Grossen zu bestehen, verloren und glaubte, nur die Wahl zwischen Untergang oder künstlicher Konservierung zu haben. Indem man begreiflicherweise das letztere anstrebte, geriet man aber in Gefahr, sich quer zur Gesamtentwicklung zu stellen. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, dass die Kleinen gegenüber den Grossen sich weit besser behaupten können als man im ersten Industrie- und Grössenrausch geglaubt hatte, und so darf denn auch das Selbstvertrauen der Kleineren wiederkehren. Die alte Vorstellung von der allgemeinen Überlegenheit des Grossbetriebs muss sehr gründlich revidiert werden, gerade auch im Lichte der neuesten technischen Entwicklung, die dem kleineren Betrieb weitgehend zugute gekommen ist.

Prof. Wilhelm Röpke,
in der „Neuen Zürcher Zeitung".

Das Ende des wirtschaftlichen Liberalismus.

Am 1. August hiess es in der «National-Zeitung»: Die freiheitliche Demokratie der Eidgenossenschaft müsse vervollkommnet werden. «Dieser Fortschritt fordert, wie jeder, auch entsprechende Opfer. Vor einem Jahrhundert waren es Opfer von Zunft-, Standes- und Städteprivilegien. Jetzt werden es Opfer von Vorteilen und Vorurteilen sein, die sich inzwischen mit dem Kapitalbesitz verbunden haben. Zwischen den überlebten Dogmen des «laisser aller, laisser faire», dessen freies Kräftespiel die erhoffte ausgeglichene Gesellschaftsordnung nicht herbeizuführen vermochte, und des Sozialismus, der dem anonymen Staat die Werte der persönlichen Freiheit opfern wollte, müssen wir die gut eidgenössisch-genossenschaftliche Lösung finden.»

* * *

Als eine Tat möchten wir die «Richtlinien für ein schweizerisches Wiederaufbauprogramm» von Prof. Böhler von der ETH bezeichnen. Diese Richtlinien sind als Separatabdruck aus dem «Aargauer Tagblatt» erschienen und sollten von unseren Vertrauensleuten ganz besonders gründlich studiert werden. Einleitend stellt Böhler fest, dass die schweizerische Wirtschaftspolitik es nicht mit vorübergehenden Uebergangsschwierigkeiten zu tun habe. Die Tragweite der Aufgabe erstrecke sich auf folgende Gebiete:

«1. eine weitergehende Lenkung der Wirtschaft zur Erzielung einer maximalen Beschäftigung und Produktion;
2. eine Aenderung in der Organisation der Wirtschaft, um jene Lenkungsaufgaben besser erfüllen zu können;
3. die Unterstellung der Wirtschaft unter die nationalen Interessen;
4. die Weiterführung des sozialen Ausgleichs, also eine Aenderung der Einkommensverteilung zugunsten der unteren Schichten; sowie
5. Heranziehung der jüngeren Generation in Politik, Verwaltung und Wirtschaft, um den neuen Gestaltungskräften zum Durchbruch zu verhelfen.» Thurgauer Arbeiterzeitung.

Die Mehrzahl der Geschäftsleute schenkt zu viel Aufmerksamkeit den Waren, die sie herstellen oder einkaufen, und zu wenig Aufmerksamkeit den Leuten, die sie kaufen und benützen.

Emil Oesch.

Volkswirtschaft

Europas wirtschaftliche Umgestaltung.

Der bekannte schwedische Nationalökonom, Prof. Bertil Ohlin, hatte anlässlich der Rede von Reichswirtschaftsminister Funk über die von Deutschland beabsichtigte wirtschaftliche Neuordnung Europas vom schwedischen Standpunkte aus Bedenken erhoben, wobei er vor allem die Frage nach den politischen Folgen einer solchen Neuordnung aufwarf und Befürchtungen äusserte, dass ein Deutschland, das Europa politisch beherrsche, sich wirtschaftliche Vorteile auf Kosten anderer Nationen erzwingen werde. In Erwiderung hierauf veröffentlicht eine in Berlin in schwedischer Sprache erscheinende Korrespondenz, «Tisk Veckorevy», auf Grund von Mitteilungen offizieller deutscher Kreise eine bemerkenswerte Antwort, die als Kommentar zur Rede Dr. Funks angesehen wird und in der man bemüht ist, die schwedischen Bedenken zu zerstreuen.

Hierin heisst es — wie in der «N. Z. Z.» festgehalten wird — unter anderm, dass Dr. Funk bei seinen Absichten, bei denen es sich noch keineswegs um einen festen Plan handelte, von keinerlei politischen Voraussetzungen für die kommende wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Völker ausgehe. Es sei auch nicht von einem schematischen Ausgleich des Lebensstandards in den verschiedenen europäischen Ländern die Rede, vielmehr müsse dieser den wirtschaftlichen, technischen und sozialen Voraussetzungen der einzelnen Länder entsprechen, so dass das hochstehende schwedische Wirtschaftsleben keine Befürchtungen in dieser Hinsicht zu hegen brauche. Dr. Funk habe nicht von Autarkie oder Export, sondern von Autarkie und Export gesprochen. «Prinzipiell müsse man die Wirtschaftspolitik so einrichten, dass wir in wirtschaftlicher Verbindung auch mit der übrigen Welt stehen, um den Lebensstandard des deutschen Volkes und der hochstehenden europäischen Industriestaaten immer weiter erhöhen zu können», heisst es weiter in der deutschen Korrespondenz. Wenn sich ein mehrseitiges Clearing aus den bilateralen Clearingsmethoden entwickeln würde, so würden sich alle Länder, für die dies vorteilhaft sei, diesem Clearingverfahren anschliessen. Dr. Funk wolle den anderen europäischen Ländern einen sicheren Exportmarkt in Deutschland erschliessen, auf den sie ihre Produktion einrichten könnten.

Prof. Ohlin, als prominenter Vertreter eines neutralen Kleinstaates, gibt sich aber mit diesem Bescheid nicht zufrieden. Zu der deutschen Erklärung fügt er in einer ausführlichen Antwort in «Stockholms Tidningen» von schwedischer Seite aus hinzu — und hierin müssen ihm natürlich alle anderen neutralen Staaten zustimmen —, dass sämtliche neutralen Kleinstaaten Europas erwarten, dass sie unabhängig vom Ausgang des Krieges dieselben politischen und kulturellen Freiheiten wie nach dem letzten Krieg erhalten. Auf dieser Basis könne das wirtschaftliche Organisationsproblem sicherlich in gemeinsamem Einvernehmen gelöst werden. Eine günstige Ausgangslage für eine eingehendere Diskussion des Problems würde erst durch eine deutsche Erklärung geschaffen werden, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit keinerlei kulturelle «Anpassung» und Gleichrichtung oder Einschränkung der politischen Selbständigkeit der Kleinstaaten voraussetze. Das andere Risiko sei, dass Deutschland eine mehr oder weniger starke Monopolstellung als Käufer oder Verkäufer gegenüber diesen Ländern erhalte, wenn diese erst einmal «ihre Produktion langfristig auf den deutschen Markt eingerichtet» hätten; dies könne dazu führen, dass sie niedrige Preise für ihre Produkte erhielten und hohe Preise für deutsche Waren zahlen müssten. Die mit der Absperrung Schwedens von der Ausfuhr nach dem Westen zusammenhängende Preisreduktion für das nach Deutschland ausgeführte schwedische Schnittholz um etwa 25 % habe derartige Besorgnisse nicht vermindert. Mit Befriedigung müsse man daher die Erklärung aufnehmen, dass nach deutscher Ansicht alle Völker das Recht behalten werden, zukünftig «auch ihre Waren ausserhalb Europas zu verkaufen». Dies würde nämlich bedeuten, dass sie auf den für sie vorteilhaftesten Märkten verkaufen könnten und nicht davon abhängig sein würden, was ihnen Deutschland in einer gewissen Lage bezahlen könne.

Auf die Bemerkung des deutschen Kommentars, dass es lediglich «akademisch» sei, wenn man in der Freiheit des Kaufs oder Verkaufs auf dem günstigsten Markt einen Schutz gegen ungünstige Bedingungen für den Aussenhandel der kleinen Länder sehen wolle, entgegnet Ohlin, es sei gleichgültig, wie man dies bezeichne, die Hauptsache sei, dass dieses Recht nicht in Frage gestellt würde. Solange mit dem Satz «die Prinzipien und Methoden, nach denen der Handel zwischen den Ländern betrieben wird, müssen im grossen und ganzen übereinstimmen» nur gemeint sei, dass in einer Zeit des mehrseitigen Clearings, der grossen Ausfuhrorganisationen und der staatlichen Aussenhandelskontrolle die Handelsmethoden danach angepasst werden müssten, und solange es sich dabei nur um Massnahmen der Praxis handle, sei dagegen von schwedischer Seite kaum etwas einzuwenden. Eine solche Anpassung habe aber nichts mit einer ideologischen oder kulturpolitischen «Anpassung» zu tun. Schliesslich müsse darauf hingewiesen werden, dass das Streben eines jeden Landes nach einem höchst möglichen Lebensstandard nur natürlich sei, solange es nicht auf der Brandschatzung anderer Nationen beruhe, durch die deren Lebensstandard gesenkt werde. Schweden begrüsse mit Freude jede Heraufsetzung des Lebensstandards des deutschen Volkes im Rahmen einer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die allen Völkern gleiche Bedingungen für den Weg zum Wohlstande gebe. Habe nicht gerade Deutschland im Zusammenhang mit der Kritik des Versailler Friedens die Herstellung gleicher Bedingungen gefordert? Wenn das die Richtlinien für eine europäische Neuordnung werden sollten, so würden sich sicher alle europäischen Staaten mit Eifer daran beteiligen.

Weshalb die Butterrationierung und die kleine Ration?

Das Eidgenössische Kriegsernährungsamt gibt u. a. nachfolgende Orientierung:

Warum wurde die Butter rationiert?

Der Fett- und Ölverbrauch des Schweizervolkes betrug im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 7200 Eisenbahnwagen zu 10 Tonnen, das macht 18 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung. Dieser Fettverbrauch wurde wie folgt gedeckt:

a) inländische landwirtschaftliche Fettproduktion:
inländische Butterproduktion . . 2800 Wagen
inländischer Anfall an Schweine- und Rinderfett . . . . 1000 »
b) industrielle Öl- und Fettproduktion aus fremden Importen:
Speiseöl . . . . 1600 Wagen
Pflanzenfette . . . . 1400 »
Bäckerfette (Margarine) . . . . 400 »

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, dass der einheimische Fettbedarf stets mit mindestens 45 % auf die ausländische Rohstoffbeschaffung angewiesen war. Fast die Hälfte musste eingeführt werden. Die Einfuhrmöglichkeit ist zurzeit vollständig unterbunden. Die Schweiz ist deshalb auf die bestehenden Vorräte angewiesen. Aus diesen Feststellungen geht die Unerlässlichkeit einer vorsorglichen Anpassung an die bestehenden Voraussetzungen zwangsläufig hervor.

Warum wurde erst im Oktober rationiert? Bis anfangs Oktober bestand noch die Einfuhrmöglichkeit aus Dänemark, von der auch Gebrauch gemacht wurde. Sodann war der Milchfluss den Sommer über derart reichlich und ergiebig, dass die Rekordzahlen des Jahres 1938 wieder erreicht wurden. Überdies waren die Buttervorräte noch im September grösser als in den Vorjahren. Es bestand somit zu einschränkenden Vorkehren keinerlei Veranlassung. Die Frage der Bewirtschaftung stellte sich erst im Moment, als die wöchentlichen Ausgänge die normalen Bezüge überschritten. Neben andern Ursachen, wie temporäre Sperre der rationierten Lebensmittel, trugen falsche Gerüchte über eine angebliche Butterausfuhr zu einer gewissen Desorientierung und Verwirrung bei. Das Eidg. Kriegsernährungsamt legt Wert darauf, festzustellen, dass wohl Butter importiert, aber keineswegs exportiert wurde. Die Annahme, dass nach der Aufhebung der Sperre für rationierte Lebensmittel, unter welche auch Fette und Öle fallen, die Nachfrage nach Butter automatisch auf ein normales Mass zurückgehen werde, erwies sich als irrig, indem die Stimmung der Bevölkerung nicht zuletzt durch die erwähnten Gerüchte im Sinne zunehmender Beunruhigung beeinflusst wurde und zu Angstkäufen verleitete. Diese Entwicklung führte zur Buttersperre an den Grosshandel und zur Rationierung ab 21. Oktober. Zur Beruhigung sei festgestellt, dass trotz der starken Abgänge während 14 Tagen die Lagerhaltung den gleichen Stand aufweist wie im Vorjahr.

Wieso die kleine Butterration?

Aus der Fettbilanz geht hervor, dass bei der bisherigen Maximalproduktion die Butter nie mehr als 40 % des gesamten inländischen Fettbedarfes, selbst in den Perioden der Milchschwemme, decken konnte. Bezeichnenderweise wandten sich plötzlich auch jene Kreise dem Butterverbrauch zu, die noch bis vor kurzem der vermehrten Verwendung von Butter ablehnend gegenüberstanden. Die Nachfrage wurde weiterhin durch die völlige Importdrosselung der ausländischen Pflanzenfette und Öle, sowie deren Rohstoffe, gesteigert. Im Bestreben, die Lager in der Zeit des normalen Milchflusses, der erfahrungsgemäss bis Mitte November anhält, wieder zu äufnen und in Würdigung der privaten Vorratshaltung entschlossen sich die Behörden zur Ausgabe einer minimalen Ration von 300 Gramm. Es ist einleuchtend, dass die Inlandbutter nicht plötzlich zur Deckung des durch die Importschwierigkeiten verminderten übrigen Fettanfalles herangezogen werden kann.

Sind nicht gewisse Exportverpflichtungen an den plötzlichen Einschränkungsmassnahmen schuld? Die Käse-Exportverpflichtungen an unsere Nachbarn, die für die industrielle Roh- und Brennstoffversorgung die absolute und lebenswichtige Voraussetzung bilden, stehen unter den Durchschnittsmengen, die in den letzten Jahren regelmässig ausgeführt worden sind. Es ist nicht zu vergessen, dass wichtige frühere Abnehmer, wie Frankreich und Amerika, weitgehend ausgefallen sind. Der Käse-Export ist demnach keinesfalls ein Grund für die heutigen Bewirtschaftungsmassnahmen.

Kann die bisherige Butterproduktion erhalten bleiben? Der Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten hat die nötigen Weisungen erteilt, welche durch die vermehrte Umstellung von der Käse- auf die Butterfabrikation den Anfall im bisherigen Rahmen gewährleisten. Überdies sind zusätzliche Vorkehren getroffen, um den Winter über eine weitere Erhöhung der Butterproduktion herbeizuführen.

Verschärfung der Preistreiberei-Gesetzgebung in Griechenland.

Die zunehmende Verknappung an gewissen Konsumartikeln, insbesondere Zucker, Kaffee, Kakao, Reis, Hülsenfrüchten, hat auch zu einem Überhandnehmen spekulativer Tendenzen und zu vereinzelten Preisexzessen, Vorratsverheimlichungen usw. geführt. Zu deren Abwehr ist eine neuerliche Verschärfung der marktpolizeilichen Vorschriften in Kraft getreten, die besonders die rasche und unverzügliche Aburteilung von Verletzungen der Marktordnungsvorschriften gewährleisten soll. So wurden die Vorschriften aufgehoben, wonach die Frage der Übermässigkeit des Gewinnes begutachtenden Kommissionen vorzulegen ist, ferner wurden in allen Preistreibereidelikten der Rechtszug an eine höhere Instanz aufgehoben. Auf Grund der neuen Bestimmungen wurden bereits eine Anzahl von Lebensmittelhändlern mit mehrmonatlicher Deportation bestraft. Mit jeder Verurteilung ist auch die Anprangerung durch Veröffentlichung in der Tagespresse verbunden. Es handelt sich meistens um Aussenseiter. Der griechische Handel in seiner Gesamtheit lehnt alle gesetzwidrigen, dem allgemeinen Interesse zuwiderlaufenden Praktiken auf das Entschiedenste ab.

Kurze Nachrichten

Sinkende Zolleinnahmen. Im Oktober erreichten die Zolleinnahmen 13,2 Millionen Franken gegen 26,6 Millionen Franken im Oktober 1939. Die Einnahmenverminderung beträgt somit 13,4 Millionen Franken.

Der **Landesindex der Lebenshaltungskosten** stand Ende Oktober mit 156,7 (Juni 1914 = 100) um 2,3 % über Vormonatsstand. Die Indexziffer der Nahrungskosten hat sich im Oktober um 2,1 % auf 152,3 erhöht.

Der schweizerische Aussenhandel im Oktober 1940. Im Oktober weist die Einfuhr einen Wert von 119,2 Millionen Franken (Vormonat: 91,5 Millionen Franken) auf, die Ausfuhr erreicht 129,3 Millionen Franken (Vormonat: 97,6 Millionen Franken). Es ergibt sich demnach ein Ausfuhrüberschuss von 10,1 Millionen Franken. Im Vorjahrsoktober betrug die Einfuhr 171,5 Millionen Franken, die Ausfuhr 100,1 Millionen Franken und der Passivsaldo 71,4 Millionen Franken.

Vergleicht man die Aussenhandelsergebnisse von Januar bis Oktober 1940 mit denjenigen der entsprechenden Vorjahrsperiode, so ist beim Import ein Wertzuwachs um 125,8 auf 1563,5 Millionen Franken festzustellen; der Export verzeichnet eine Abnahme um 9,0 auf 1057,7 Millionen Franken. Der Passivsaldo in unserm Warenaustausch mit dem Ausland hat sich in den ersten zehn Monaten dieses Jahres um 134,8 auf 505,8 Millionen Franken vergrössert.

Textilkartenausgabe. Mit der Verteilung der Karten ist begonnen worden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Gültigkeit der Karten und der Coupons durch eine Verfügung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements festgesetzt wird. Ausgegebene Textilkarten können demnach erst von der durch das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement bekanntgegebenen Frist an eingelöst werden.

Geschäftsschliessung bei kriegswirtschaftlichen Verfehlungen. Der Bundesrat hat durch einen neuen Beschluss ganz generell bei Vorliegen dringender Verdachtsgründe auf Annahme kriegswirtschaftlicher Widerhandlungen die Möglichkeit der amtlichen, vorsorglichen Schliessung von Geschäften, Fabrikationsunternehmen und andern Betrieben vorgesehen. Ebenso kann eine befristete Schliessung von Geschäften verhängt werden, wenn diese dem Ansturm (Run) des Publikums ausgesetzt sind. Jede verfügte Schliessung kann unter Nennung des Grundes durch Anschlag am Geschäft bekannt gegeben werden. Missachtung der angeordneten Massnahmen und Widersetzlichkeit ziehen empfindliche Strafen nach sich.

Zur Kohlenversorgung. Die Sektion für Kraft und Wärme macht darauf aufmerksam, dass sich zwar die vertraglich zugesagten Kohlenlieferungen normal abwickeln, dass aber die Vertragsmengen bei weitem keine volle Deckung des normalen Bedarfs erlauben und mit den in diesem Winter zur Verfügung stehenden Kohlenmengen sparsam umgegangen werden muss, um angesichts der unsichern Entwicklung die Kohlenversorgung für den Winter 1941/42 sicher zu stellen. Zurzeit kann noch keineswegs bestimmt werden, in welchem Umfang nach Neujahr dem Hausbrand eine dritte Quote zugeteilt werden kann. Die Kohlenverbraucher werden deshalb dringend ersucht, ihre Vorräte nach Möglichkeit zusammenzuhalten und sich nicht darauf einzustellen, dass in den nächsten Monaten erhebliche Zuteilungen erfolgen können.

Aus der Praxis

Ein Entscheid in Bezug auf die Ladenöffnungszeiten.

Die Verwaltungskommission des V. S. K. teilt mit:

Bei verschiedenen Gelegenheiten hatten wir unsere Verbandsvereine, die durch die Auslegung der Verfügung No. 7 des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements vom 5. September 1940 betr. Brennstoffeinsparung gegenüber der Konkurrenz des privaten Spezialhandels benachteiligt werden, davon in Kenntnis gesetzt, dass wir mit Eingaben und persönlicher Vorsprache vom Kriegs-Industrie- und -Arbeitsamt die Schaffung der Parität für sämtliche Betriebe verlangt hätten. Auf unsere Vorstellungen hin haben wir nun eine Antwort erhalten. Das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement hat folgendermassen entschieden:

Die gewünschte Gleichstellung kann nicht vorgenommen werden. Die Ausnahmebestimmung, wonach Backwaren, Fleischartikel, Milch und Milchprodukte auf Grund einer kantonalen Bewilligung schon vor 8½ Uhr verkauft werden können, darf nicht extensiv interpretiert werden, gilt also nur für Spezialgeschäfte der entsprechenden Branchen, nicht aber für Geschäfte, die neben allgemeinen Artikeln auch Milch und Brot etc. führen. Das Volkswirtschaftsdepartement hat in einem Kreisschreiben vom 31. Oktober 1940 die Kantone aufgefordert, weitergehende Bewilligungen wieder zurückzuziehen.

Weiterhin hat das Volkswirtschaftsdepartement den Kantonsregierungen empfohlen, die Ausnahmebestimmung überhaupt nur dann anzuwenden, wenn durch die frühere Oeffnung der Spezialgeschäfte andere Geschäfte, die auch Milch und Milchprodukte sowie Brot und Fleischwaren verkaufen, nicht in ungerechtfertigter Weise konkurrenziert werden. Ob unliebsame Konkurrenzverhältnisse im einzelnen Falle gegeben seien, müsse allerdings dem Urteil der Kantone überlassen bleiben.

Das Volkswirtschaftsdepartement vertritt die Meinung, dass insbesondere in ländlichen Verhältnissen ein berechtigtes und dringendes Bedürfnis für das frühere Offenhalten der erwähnten Spezialgeschäfte bestehe und dass dort die Ausnahmen gestattet werden dürfen. Dies sei der Grund, weshalb unserem Vorschlag, zur Schaffung der Parität die Ausnahmebestimmung ganz fallen zu lassen, nicht entsprochen werden könne.

Das ebenfalls von uns vorgeschlagene Heizverbot für die Zeit bis beispielsweise 9 Uhr morgens wurde abgelehnt mit der Begründung, dass eine Kontrolle praktisch nicht durchführbar wäre.

Wir geben diese Antwort kommentarlos weiter und stellen lediglich zusammenfassend fest:

Von nun an dürfen die Lebensmittelgeschäfte mit allgemeinen Waren überall erst um 8½ Uhr öffnen. Ausnahmsweise darf dem Spezialhandel eine frühere Oeffnungszeit bewilligt werden.

Eine Ausnahmebewilligung darf nur dort erteilt werden, wo dadurch nicht unliebsame Konkurrenzverhältnisse geschaffen werden.

Wo unliebsame Konkurrenzverhältnisse bestehen, bleibt den Konsumvereinen nichts übrig, als gestützt auf das genannte Kreisschreiben des Volkswirtschaftsdepartements, sich an die kantonale Regierung zu wenden.

Der 5-Uhr-Ladenschluss an Samstagen in Biel

ist, wenigstens teilweise, unerwartet zur Tatsache geworden. Eine Anzahl Geschäftsfirmen haben schon vor einigen Jahren ein diesbezügliches Begehren an die Gemeindebehörden gerichtet, ohne dass demselben Folge gegeben wurde. In einer anfangs November abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Verkaufspersonals wurde nun die Verwirklichung dieses sozialen Postulates von seiten massgebender Behördemitglieder in Aussicht gestellt, und zwar als kriegswirtschaftliche Massnahme. Daraufhin haben die Geschäftsfirmen der Textilbranche, sowie auch die Warenhäuser den 5-Uhr-Schluss freiwillig ab 9. November eingeführt, und die Konsumgenossenschaft hat sich hierzu vorläufig für ihre Spezialgeschäfte ebenfalls einverstanden erklärt. Durch eine Revision des Ladenschlussreglementes soll nun die Neuordnung gesetzlich geregelt, d. h. obligatorisch erklärt werden. -r.

Kreiskonferenzen

Herbstkonferenz des Kreises IV

Sonntag, den 20. Oktober 1940.

Derendingen erhielt zum ersten Male den Besuch der Delegierten des Kreises. Im grossen und geschmackvoll gebauten Saalbau «Bad» sind 126 Delegierte und Gäste versammelt.

Der Präsident des Kreisvorstandes, Herr F. Gschwind, gratuliert dem gastgebenden Verein, der nach wechselvollen Betriebsjahren sich bald zum «Umsatzmillionär» entwickelt hat, zu seinem schönen Erfolg. In seiner Begrüssungsansprache weist der Präsident auf die grossen Ereignisse hin, die sich seit der letzten Zusammenkunft abgewickelt haben. Der Bundesrat hat seine Finanzvorlage ohne Befragen des Volkes in Kraft gesetzt. Trotz der Hemmungen in ihrer Entwicklungsmöglichkeit halten die Konsumvereine zur Eidgenossenschaft, und sie haben es bewiesen durch Zuwendung von 100,000 Franken, die sie zugunsten der Nationalspende zusammengelegt haben. Es ist zu hoffen, dass durch kluges und einsichtsvolles Verwalten weniger Kon-

sumvereine notleidend werden, als dies nach dem letzten Kriege der Fall war.

Mitteilungen. An 4 Teilnehmer am Kurse für Studienzirkelleiter hat die Kreiskasse Fr. 234.— als Ausfall an Lohn oder an Arbeitslosenunterstützung vergütet. Der Kreisvorstand ist auch fernerhin bereit, solchen Gesuchen zu entsprechen, und er wünscht, dass weitere Genossenschaften geeignete Personen zum Besuche der Kurse veranlassen mögen.

Ein von der Volksfürsorge an die Vereine gerichtetes Schreiben wird zur Kenntnis gebracht. Die Vereine mögen die Fragen prüfen und mit der Volksfürsorge in Verbindung treten.

Winterprogramm. Im letzten Winter sind mehrere Verkäuferinnenkurse mit Erfolg durchgeführt worden. Um die Runde zu schliessen, werden noch für Solothurn und für Balsthal solche vorgesehen. Ferner beabsichtigt der Kreisvorstand, eine ausserordentliche Kreiskonferenz einzuberufen. Ausserordentliche Zeiten erfordern auch ausserordentliche Informationen über aktuelle Tagesfragen. Als zweites Referat ist vorgesehen: ein Bericht über Beobachtungen und Erfahrungen eines Vertreter-Revisors. Die Konferenz dürfte Mitte Januar 1941 an einem noch zu bestimmenden Orte stattfinden. Um den Besuch dieser Versammlung zu fördern, beantragt der Kreisvorstand, den Teilnehmern das Mittagessen zu vergüten. Der zur Ausführung des Winterprogramms erforderliche Kredit wird diskussionslos genehmigt.

Preisbildung und Rückvergütung. Die Diskussion über diesen Verhandlungsgegenstand leitet Herr E. Rudin, Präsident der Verwaltungskommission des A. C. V. beider Basel, ein. Seine Ausführungen bezwecken hauptsächlich, den Einfluss der zukünftigen Steuerlasten auf die Genossenschaften zu ermitteln und ihre Auswirkung auf die Rückvergütungen zu ergründen. Der Sprecher verweist auf die Publikationen im «Schweiz. Konsum-Verein». Die Berichte ergeben kein einheitliches Bild, aber sie enthalten sehr interessante Meinungsäusserungen, die zur Aufklärung dienen. Die Steuerbelastung der Kantone und der Gemeinden weist sehr grosse Unterschiede auf. Während die Rückvergütung in Basel-Stadt steuerfrei ist, in andern Kantonen nur bis 5 oder 6 %, ist sie im Kanton Tessin ganz steuerpflichtig. Es ist Sache der Mitglieder der Genossenschaften, unbillige Belastungen auf dem Wege der normalen Gesetzgebung zu bekämpfen. Nach eingehender Besprechung der Gesetze über das Steuerbouquet, das der Bundesrat in Kraft gesetzt hat, ohne das Volk zu befragen, betont Herr Rudin, dass es nicht möglich ist, die Warenumsatzsteuer, die eine reine Verbrauchssteuer ist, auf den Verbraucher abzuwälzen, da nicht alle Artikel den Zuschlag von 2 % ertragen. Jeder Verein wird individuell prüfen müssen, ob seine Bilanz elastisch genug ist, um Abschreibungen auf Immobilien und Reserven zu kürzen; es wäre aber ganz verfehlt, Warenvorräte zu hoch einzuschätzen wegen allfällig eintretenden Preissturzes. Der in der Rückvergütung verankerte Spargedanke wird von den meisten Genossenschaftern besonders hervorgehoben. Herr Rudin empfiehlt der Versammlung, den von Herrn Verwalter Rüfenacht in Winterthur an der Verwalterkonferenz in Neuenburg vorgeschlagenen Grundsätzen beizupflichten.

Herr Dr. Oskar Schär empfiehlt den Vereinen, in echt demokratischem Sinne ihre Mitglieder zu befragen. In den Konsumvereinen konnten nach den bisherigen Kalkulationen kleine Überschüsse erzielt werden, die den Mitgliedern zugute kamen. Diese sind nun aufzuklären, dass die neuen Steuerlasten allein schuld sind an der veränderten Lage.

Herr Bachmann, Solothurn, ist grundsätzlich für die Belassung der Rückvergütung, wenn auch vielleicht einige Artikel von der Rückvergütung ausgeschlossen werden müssen. Mit der Reservebildung und den Abschreibungen kann etwas zugewartet werden (insbesondere weil unsere Gegner gerne darauf hinweisen), dagegen ist eine Festigung der Genossenschaft nach innen erforderlich.

Herr Gschwind vertritt die Meinung, dass nach den Erfahrungen des letzten Weltkrieges die Reserven und die Abschreibungen im bisherigen Umfange belassen werden sollten. Nicht die Rückvergütung, sondern die Konkurrenzfähigkeit sei die Hauptsache. Die vorgeschlagenen Grundsätze sollen in jedem Vereine besprochen und beschlossen werden; es muss aber auch danach verfahren werden.

Diesem Antrage wird zugestimmt.

Über Genossenschaftliche Studienzirkel referiert einleitend Herr Dr. W. Ruf, Redaktor des «Schweiz. Konsum-Vereins», indem er vorerst über die Arbeit in den Zirkeln und deren Entwicklung spricht. Die Warenpropaganda ist gut, aber sie fördert den Genossenschaftsgedanken zu wenig. Eine neue Aufklärung tut not, um die einzelnen Mitglieder nicht nur als Käufer, sondern auch als Genossenschafter zu gewinnen. Der Referent wünscht von den Verwaltern und den Behörden der Vereine ein wohlwollendes Entgegenkommen und Unterstützung in materieller Hinsicht, indem sie den Studienzirkeln geeignete Lokalitäten zur Verfügung stellen. Im «Genossenschaftlichen Volksblatt» soll Platz für Berichte und Propaganda für Studienzirkel eingeräumt werden. Auch Verwalter und Behördenmitglieder werden in Studienzirkeln neue Probleme zum Studium entdecken. Durch ständigen Kontakt mit Gleichgesinnten bildet der Studienzirkel ein Sammelbecken für unsern Nachwuchs. Alte, tüchtige Führer werden einmal von uns scheiden, und es müssen neue Männer herangebildet werden. Die Zirkel sollen eine Masse urteilsfähiger Genossenschafter schaffen, die bereit sind zu aktiver Arbeit. Wer im Studienzirkel mitwirkt, ist auch ein treues Mitglied, deshalb müssen auch Verwalter und Behördenmitglieder die Sache der Studienzirkel nach besten Kräften unterstützen. Die Leiterfrage ist wichtig, aber nicht das Wichtigste. Es braucht hierzu keine Redner oder Doktoren; ein einfacher Mann oder eine Frau sind fähig, Studienzirkel fruchtbar zu gestalten. Guter Wille hilft zum Erfolg. Die Vereine sollen Umschau halten nach geeigneten Personen und ihnen den Besuch eines Kurses im Genossenschaftlichen Seminar im Freidorf ermöglichen. Die Kreiskasse unterstützt diese Bewegung. Der Referent betont jedoch, dass von den Studienzirkeln nicht alles erwartet werden darf, sondern dass ihr Erfolg in erster Linie abhängig ist von der Aktivität der ganzen Bewegung und ihrer Funktionäre. Es gilt, die Studienzirkel mit allen Kräften zu fördern. Sie dienen der Genossenschaftsidee, die das Fundament unseres Landes darstellt. Für die Genossenschaftsbewegung arbeiten, heisst ein Stück Heimat und unsere Demokratie und Freiheit verteidigen.

Herr Gschwind teilt mit, dass der Kreisvorstand seit Jahren immer wieder an die Verwalter

und an die Behörden gelangt ist, um die Bewegung zu fördern, leider mit wenig Erfolg.

Herr Dr. Faucherre betrachtet die Scheu vor der Übernahme der Leitung eines Studienzirkels als unbegründet; solche Hemmungen können leicht behoben werden durch den Besuch eines Kurses für Studienzirkelleiter am Genossenschaftlichen Seminar im Freidorf. Aus jedem Verein sollte nächstes Jahr ein Angestellter oder ein Mitglied diesen Kurs besuchen.

Herr Stoll, Zentralverwalter des A.C.V. beider Basel, tritt der Meinung entgegen, dass die Studienzirkel eine Art Nebenverwaltung werden könnten. Die Studienzirkel haben sich bis jetzt durchaus bewährt. Ihr Nutzen für jede Genossenschaft ist evident. Er bedauert, dass die Unterstützungsgesuche nur von Basel eingereicht worden sind und hofft, dass auch die übrigen Vereine das Entgegenkommen der Kreiskasse zu würdigen verstehen und deshalb Personen zur Teilnahme an den Kursen im Seminar gewinnen.

Der Präsident stellt fest, dass alle Redner mit den Ausführungen des Herrn Dr. Ruf einverstanden sind, und er erwartet, dass nächstes Jahr jeder Verein eine Abordnung ins Freidorf schicke.

Es wird dem Kreisvorstande überlassen, den nächsten Konferenzort zu bestimmen.

Zum Traktandum «Umfrage» liegt kein Wortbegehren vor.

Nach einem kurzen Abstecher in das Heim der K. G. Derendingen begeben sich die Delegierten und Gäste zum gemeinsamen Mittagessen im Versammlungssaale. Während der Mahlzeit begrüsst Herr Gemeindeschreiber Würsten die Versammlung, und die Musikgesellschaft Derendingen gibt uns einige Proben ihres flotten und schneidigen Könnens.

D.

Herbstversammlung des Kreises IXa in Netstal.

Von den 30 Verbandsvereinen sind deren 28 mit total 76 Delegierten zur Tagung erschienen. Unentschuldigt abwesend sind die Vereine Quarten und Benken. Als Gäste sind anwesend die Herren Zellweger, Vizepräsident der Verwaltungskommission des V. S. K., Herr Lienhardt, von der Volksfürsorge, sowie der Kreisvertreter Herr Schadegg.

Herr Gemeindepräsident Störi, seit vielen Jahren der umsichtige Leiter des Kreisverbandes IXa, heisst mit einer trefflichen Ansprache Delegierte und Gäste willkommen. Den verantwortlichen Behörden des Bundes, wie auch der Preiskontrollstelle zollt er Anerkennung für ihre im Interesse des Landes geleisteten Dienste. Dass trotz der grossen Bemühungen der Behörden, wie aber auch der Genossenschaften, immer noch Angstkäufe von Seiten der Bemittelten gemacht werden, bezeichnet er als unverantwortliche Hamsterei, die mit strengsten Mitteln bekämpft werden sollte.

Im Blick auf die Schweizerwoche soll uns die Achtung vor der einheimischen Arbeit veranlassen, unsern eigenen Produkten das ganze Jahr stets den Vorzug zu geben.

Seit der letzten Konferenz sind wieder zwei treue Genossenschafter durch den Tod abberufen worden. Am 3. Mai verstarb in Näfels Herr Kasp. Gallati. Ueber 50 Jahre hat er der dortigen Genossenschaft als Vorstandsmitglied und Verwalter treu gedient. Anfangs dieses Monats verschied in Eschenbach der langjährige Präsident der dortigen Genossenschaft, Herr Ferd. Hüppin, der ebenfalls in guten wie in bösen Tagen treu und mit Hingabe zu unserer Sache gestanden ist. Wir werden die beiden in ehrendem Andenken behalten.

Ueber das Thema Preisbildung und Rückvergütung, das heute für unsere Genossenschaften von besonderer Wichtigkeit ist, referiert in ausführlicher Weise Herr Zellweger. Die Rückvergütung, ein Grundprinzip der Genossenschaftsbewegung, ist heute durch die schwierigen Zeitverhältnisse stark gefährdet. Besonders die Umsatzsteuer, Ausgleichsteuer, Wehropfer und Wehrsteuer, wie auch die Erhöhung der bisherigen Gemeinde- und Kantonssteuern werden uns in einer Weise belasten, dass die Höhe der Rückvergütung gewiss in Mitleidenschaft gezogen wird.

Wo die Rückvergütung 10 Prozent der Warenbezüge übersteigt, darf mit Bestimmtheit gesagt werden, dass dies nicht die Folge der Geschäftstüchtigkeit der betreffenden Verwaltungen, sondern nur infolge übersetzter Warenpreise möglich ist.

Der Referent warnt ganz besonders davor, etwa die Rückvergütung durch die Beanspruchung der heutigen stillen und offenen Reserven auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Nachkriegszeit wird uns wieder vor Aufgaben stellen, denen nur finanziell gesunde Genossenschaften gewachsen sein werden.

In der nachfolgenden Diskussion, an welcher sich die Herren Verwalter Bachofen, Landrat Meier-Netstal, Zangger-Linthal und Altverwalter Michel beteiligen, wird den Ausführungen des Referenten grösstenteils beigepflichtet.

Der Anregung von Herrn Landrat Meier, dass nicht nur die Vereinsverwaltungen, sondern auch die Mitglieder durch die Genossenschaftspresse aufgeklärt werden sollen, soll in geeigneter Weise entsprochen werden.

In einem zweiten Referat spricht Herr Zellweger über die Gründung von Studienzirkeln. In unseren Vereinen wurde in den letzten Jahrzehnten die ideelle Seite unserer Bestrebungen oft zu Gunsten der materiellen Gesichtspunkte vernachlässigt. Eine vermehrte Tätigkeit in geistiger Beziehung muss wieder einsetzen, um die Bewegung vor Verflachung zu schützen und die Mitglieder unsern Idealen wieder näher zu bringen.

Verwalter Zweifel-Schwanden ist mit dem Referenten über die Zweckmässigkeit der Studienzirkel voll einverstanden und wünscht, dass die Glarner Vereine die Frage in einer besonderen Zusammenkunft nochmals besprechen, damit auch im Kanton Glarus die Gründung der Zirkel intensiver gefördert werde.

Ueber die Schweiz. Volksfürsorge und die Entwicklung dieser Zweckgenossenschaft referiert Herr Direktor Lienhardt, Basel. Trotz niedriger Prämien steht dieses Unternehmen finanziell sehr günstig da, und heute darf an einen Ausbau der Versicherung durch die Anfügung einer Kollektivversicherung für die Mitglieder der einzelnen Vereine herangetreten werden. Herr Lienhardt empfiehlt den Verwaltungen, im Interesse der Mitglieder auch der Volksfürsorge vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Neuwahl des Kreisvorstandes erfolgt in voller Harmonie. Präsident Störi, wie die Herren B. Eggenberger-Grabs, Thomas Hefti-Wallenstadt, Verwalter Langenegger-Jona und Landrat Zweifel-Schwanden wurden einstimmig bestätigt. Altverwalter Michel, der zurücktreten will,

muss unter einstimmiger Beipflichtung der Versammlung sein Amt als Kassier bis zum nächsten Frühjahr beibehalten. Dem infolge Wegzugs zurücktretenden Aktuar wird seine siebenjährige Mitarbeit im Kreisvorstand vom Präsidenten bestens verdankt und neu in den Kreisvorstand gewählt Herr Mächler, Siebnen.

Nachdem als nächster Versammlungsort noch Flums bestimmt ist, kann die sehr gut verlaufene Versammlung vom Präsidenten geschlossen werden.

Beim Mittagessen überbringt Herr Landrat M e i e r die Grüsse des Konsumvereins Netstal. Das 75jährige Jubiläum seiner Genossenschaft gibt ihm Gelegenheit, an alte Begebenheiten in der Gemeinde Netstal anzuknüpfen und das allmähliche Erstarken des Konsumvereins zu skizzieren.

Prächtige Jodel- und Handorgelvorträge der Fräulein Hösli und Dinner, wie auch die rassigen Weisen des Orchesters Stauffacher, veranlassen die Delegierten, sich nach getaner Arbeit noch eine Stunde frohen Beisammenseins zu gönnen.

Der Dank, den Präsident Störi in seinem Schlusswort an die Verwaltung des Konsumvereins Netstal richtete, ist wohlverdient. W.

Bildungs- und Propagandawesen

Studienzirkel und Verkaufspersonal.

Die Studienzirkelbewegung erfreut sich bereits einer erfolgversprechenden Entwicklung. Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass durchwegs an allen Orten, wo Studienzirkel bestehen, auch die Angestellten vom Verkaufsfach mitwirken. Die Tätigkeit des Verkaufs, der Dienst des Verkäufers am Mitgliede bildet für viele den fast einzigen Kontakt zur Konsumgenossenschaft. Deshalb ist es unbedingt angebracht, dass im besondern dieses Personal die nötige Ausbildung besitzt, um in Rede und Antwort das Richtige zu treffen.

Der Zusammenhang zwischen Verkaufspersonal und Studienzirkeln besteht einmal darin, dass das aus diesen Zirkeln geschöpfte Wissen von den Verkäufern und Verkäuferinnen bei jeder passenden Gelegenheit verwertet, d. h. an den Mann oder die Frau gebracht wird. Wie oft kommen gerade wir Verkäufer und Verkäuferinnen in die Lage, Gespräche vor dem Ladentische unter den Mitgliedern mitanzuhören. Wie oft wird unsere Institution in entwürdigender Art und auf sehr unangebrachte Weise angegriffen und auf einen vollständig falschen Boden gestellt. Und ebensooft kommt es vor, dass gerade wir als die Exponenten der Konsumgenossenschaftsbewegung direkt angegriffen werden oder doch für bestehende oder mutmassliche Mängel herhalten müssen. Was ist nun besser: sich aus dem Staube machen und beschämend bemerken, das geht uns nichts an, das wissen wir eben nicht: oder uns fest auf das angeeignete Wissen stützend die Sache, die doch unsere eigene ist, verteidigen und auf den rechten Platz stellen? Und was ist wohltuender, als Geschlagener oder als siegreicher Verfechter aus dem Gerede hervorzugehen?

Wieviel Voreingenommenheit, die samt und sonders aus dem Unwissen stammt, besteht doch noch mancherorts gegen die Studienzirkel! Die Studienzirkelbewegung ist heute so weit, sich rühmen zu dürfen, hoch und erhaben über Nörgelei und unfruchtbarer Kritik zu sein. Sie hat sich ausgewiesen darüber, dass sie Wissen sät und dieses dank der vielgestaltigen Zusammensetzung der Zirkelteilnehmer in alle Winde zweckentsprechend verstreut. Und ganz besonders ist es wichtig, dass dieses Wissen hinter dem Ladentisch vorhanden ist, um mit dem Verkaufe Hand in Hand zu gehen. Wieviel leichter geht doch die Arbeit vonstatten, wenn wir, mit wohlausgerüsteten Kenntnissen versehen, an die Probleme herantreten, statt ihnen beständig aus dem Wege zu gehen! Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Studienzirkelteilnehmer, die als Verkäufer und Verkäuferinnen tätig sind, anderseits wieder die Diskussion in den Zirkeln sehr vorteilhaft und lehrreich beeinflussen. Und die Folge ist, dass sich Mitglied und Angestellter viel besser verstehen lernen, dass jeder Teil des andern Lage menschlich und vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus erfasst.

Im gleichen Verhältnis wie nun die Erfahrungen und die praktischen Anschauungen das Zirkelleben befruchten, nehmen wir alle aus dieser «Genossenschaftlichen Hochschule» das neue Wissen mit uns hinaus in das Leben und auf den Arbeitsplatz. Wie ganz anders als vordem gestaltet sich uns da plötzlich und mehr und mehr die Aufgabe, die wir im Dienste der Genossenschaft erfüllen! Der Sinn der Arbeit wird erst erhellt durch die Aufklärung über die Perspektiven der genossenschaftlichen und der kapitalistischen Wirtschaft, über Angestelltenverhältnisse verschiedener Art, über demokratische Grundsätze, Mitspracherecht usw. Wissen ist Macht. Und dieses Wissen holen wir im Studienzirkel. Co-opticus.

Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel.

Wie wir schon in unserem letzten Bericht ankündigen konnten, war die Gründungstätigkeit in der Woche, auf die sich der vorliegende Bericht bezieht, die Zeit vom 4. bis 10. November, besonders rege. Es entstanden nämlich 10 neue Zirkel in der deutschsprechenden und 6 neue Zirkel in der französischsprechenden Schweiz. Die Gesamtzahl der bestehenden Zirkel steigt damit auf 29 in der alemannischen und 23 in der welschen, somit 52 in der Schweiz überhaupt an. An den Neugründungen der deutschsprechenden Schweiz sind **Basel** mit 5, **Winterthur** mit 2 und **Biel** (B.), **Horgen** und **Mollis** mit je 1 Zirkel beteiligt. In der französischsprechenden Schweiz nehmen die Verbandsvereine in **La Chaux-de-Fonds** (C. R.), **Genève** (S. C. S. C.), **Lausanne** (S. C. C.), **Leysin**, **Ste-Croix** und **Vevey** mit je einem neuen Zirkel an dem Gesamtzuwachs von sechs teil. Je ein Zirkel in Basel und Biel (B.) bedienen sich in ihren Verhandlungen der französischen Sprache. Stellt man also nicht auf das Sprachgebiet, sondern auf die Sprache selbst ab, so entfallen von den augenblicklich bestehenden Zirkeln 27 auf den deutschsprachigen und 25 auf den französischsprachigen Landesteil.

Immer noch beherrschen die beiden Verbandsvereine in **Basel** und **Lausanne** das Bild. Von den insgesamt 52 Zirkeln, die unseres Wissens augenblicklich schon in Tätigkeit sind, entfallen nämlich nicht weniger als 22, d. h. reichlich zwei Fünftel, auf Basel und weitere 11 bzw. ein weiteres Fünftel auf Lausanne. Für die nächste Zeit stehen zu den zwei, die bereits erfolgt sind, weitere sechs bis neun Gründungen innerhalb der Société coopérative suisse de consommation in **Genf** in Aussicht. Die Haupttätigkeit beschränkt sich somit bis heute auf die drei wichtigsten Zentren der genossenschaftlichen Studienzirkelbewegung. Darauf hinzuweisen dürfte für eine richtige Beurteilung der bis dahin erreichten Gesamtzahlen nicht überflüssig sein, heisst das doch soviel, dass Studienzirkel im Augenblick erst an verhältnismässig wenigen Orten bestehen.

St-Imier nimmt die Zirkeltätigkeit am 15. November mit einem einleitenden Referat von Herrn G. Grimm über das Thema «Der Geist des Freidorfs» auf.

Aufrufe zur Beteiligung an Studienzirkeln erschienen in den lokalen Presseorganen «Der Konsument» der Konsumgenossenschaft **Bern** und «Le Coopérateur Genevois» des Verbandsvereins in **Genf**.

Als neue Erschwerung der Zirkeltätigkeit ist die allgemeine Durchführung der **Verdunkelung** zu betrachten. Wir

möchten immerhin empfehlen, diese Erschwerung nicht allzu tragisch zu nehmen. Solange wenigstens die Verdunkelung erst um 10 Uhr eintreten muss, lässt sich der Schluss der Sitzungen an den meisten Orten sehr wohl so einrichten, dass allfällig ängstliche «Gemüter» schon vor Beginn des grossen Dunkels zu Hause sein können. h.

Bewegung des Auslandes

Finnland. Die Kriegsverluste der finnischen Konsumgenossenschaften. Einem Artikel von Dr. Odal Stadius, Helsingfors, in der schwedischen Genossenschaftszeitschrift «Kooperatören» entnehmen wir folgende Angaben über die bei den finnischen Konsumgenossenschaften durch den Krieg mit Russland eingetretenen Verluste:

«Die gesamten durch den Krieg verursachten Verluste lassen sich nur sehr schwer schätzen. Ganz besonders trifft das für die Verluste zu, die durch Gebietsabtretungen entstanden. Eine grobe Schätzung ergibt immerhin folgende Ergebnisse. Die Verluste der durch den älteren der beiden Verbände, S. O. K., repräsentierten Bewegung belaufen sich auf rund 240 Millionen Fmk. Davon entfallen 70 Millionen Fmk. auf den Verband und 170 Millionen Fmk. auf die einzelnen Konsumgenossenschaften. Die Verluste des neueren der beiden Verbände, O. T. K., werden auf 190 Millionen Fmk. geschätzt, wovon wiederum 65 Millionen Fmk. auf den Verband und 125 Millionen Fmk. auf die einzelnen Konsumgenossenschaften entfallen. Alles in allem dürften sich somit die Verluste auf rund 430 Millionen Fmk. belaufen. In allen diesen Beträgen sind die durch die Gebietsabtretungen herbeigeführten Verluste inbegriffen. Ein Teil dieser Verluste wird ersetzt werden, doch lässt sich heute noch nicht angeben, wieviel das sein wird.

Folgende Aufstellung gibt eine Vorstellung über den Schlag, der der finnischen Konsumgenossenschaftsbewegung durch den Friedensschluss zugefügt wurde. Die Zahl der Läden und Mitglieder des abgetretenen Gebietes belief sich auf

	Läden	Mitglieder
Älterer Verband	429	43.000
Jüngerer Verband	270	32.000
	699	75,000

Die Mitglieder traten zum grossen Teil auf das bei Finnland verbliebene Gebiet über und werden sich vermutlich den Konsumgenossenschaften in den Ortschaften, in denen sie sich niederliessen, anschliessen. Dagegen sind die Läden als restlos verloren zu betrachten.» h.

Genossenschaftliches Seminar

(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar sind vom Konsumverein Laufen Fr. 100.— übermittelt worden. Diese Vergabung wird hiermit bestens verdankt.

* * *

Kurs zur theoretischen und praktischen Weiterbildung von Verkaufspersonal: vom 6. Januar 1941 bis 3. Mai 1941.

In diesen Kurs können nur Personen aufgenommen werden, die bereits im Dienste eines Konsumvereins stehen.

Eine weitere Voraussetzung zur Teilnahme an diesem Kurse ist ferner, dass die Lehrzeit der betreffenden Lehrtöchter im Jahre 1941 zu Ende geht, da der Kurs mit der staatlichen Prüfung abschliesst und den erfolgreichen Kandidatinnen das eidgenössische Fähigkeitszeugnis für Verkäuferinnen überreicht wird.

Diejenigen Personen, die ihre Lehrzeit beendigt, eine staatliche Verkäuferinnenschule besucht haben und bereits im Besitze des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses sind, können an diesem Kurse ohne weiteres teilnehmen.

Lehrtöchter, die an ihrem Wohnorte oder in dessen Nähe eine staatliche Berufsschule zu besuchen haben, gleichwohl aber während der Lehrzeit an einem viermonatigen Kurs des Genossenschaftlichen Seminars teilnehmen möchten, haben die Einwilligung des Kantonalen Lehrlingsamtes einzuholen.

Lehrtöchter, in deren Wohnort oder in dessen Nähe keine Berufsschule besteht, haben ihre Schulpflicht mit Zustimmung des Kantonalen Lehrlingsamtes durch einen viermonatigen Kurs am Genossenschaftlichen Seminar zu erfüllen. Das Genossenschaftliche Seminar ist in diesem Sinne als Berufsschule anerkannt.

Nach dem eidgenössischen Gesetze vom 30. Juni 1930 betreffend berufliche Ausbildung hat jede Konsumgenossenschaft mit den Lehrtöchtern Lehrverträge abzuschliessen, und alle Lehrtöchter haben eine Berufsschule zu besuchen. Die Ausführung des Bundesgesetzes ist den Kantonen übertragen.

Vereinsverwaltungen, die Lehrtöchter in obigen Kurs abzuordnen wünschen, sind gebeten, die Anmeldungen raschmöglichst dem Leiter des Genossenschaftlichen Seminars, Dr. B. Jaeggi, Freidorf bei Basel, zu übermitteln.

Versammlungskalender

Sonntag, den 17. November 1940.

Kreisverband VII: Verkäuferinnenkonferenz im Hotel «Löwen» in Wetzikon (für die Vereine des Zürcher Oberlandes). Beginn 9.30 Uhr. Referenten: Herr Dr. J. Pritzker, Chefchemiker des V. S. K., und Herr E. Hungerbühler, Abteilungschef des L. V. Zürich. (Ausführliches Programm s. «S. K.-V.» No. 42.)

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen.

Folgende Umsatzangaben sind uns zugegangen:

	1940	1939
Flawil (August/Juli)	682,700.—	605,200.—
Neuenegg (Oktober/September) . .	343,900.—	301,400.—
Oberurnen (Oktober/September) .	102,600.—	84,400.—

In einem von der Erziehungskommission der Siedelungsgenossenschaft **Freidorf** veranstalteten Vortrag sprach Herr Dr. A. Guggenbühl über «Erziehung zur Gemeinschaft».

Neuenburg feiert sein 50jähriges Bestehen mit Familienabenden, an denen Herr Ch.-U. Perret, Präsident des Kreises II des V. S. K., über «Aktuelle Probleme der Genossenschaftsbewegung» referiert. Filmvorführungen umrahmen den Vortrag.

An einer ausserordentlichen Generalversammlung der Konsumgenossenschaft **Schaffhausen** soll ein Kaufvertrag einer Liegenschaft durch die Mitglieder genehmigt werden. Bei diesem Anlasse wird Herr Dr. H. Faucherre, Mitglied der Verwaltungskommission des V. S. K., über die allgemeine wirtschaftliche Situation und Finanzprojekte orientieren. Auch die A.K.G. Schaffhausen hat die «Heidi-Bühne» für die Vorstellungen «s'Anneli und dr Bäremutz» (für die Kinder) und «Knörri und Wunderli» (für die Erwachsenen) verpflichtet.

Reges Leben herrscht in den Genossenschaftlichen Frauenvereinen. So sind in letzter Zeit nicht weniger als drei neue «Groupes de coopératrices» in der welschen Schweiz entstanden, nämlich in **Le Locle**, in **Broc** und in **Le Sentier**. In Broc hielt wiederum Frau Steudler, Lausanne, das einleitende Referat, betitelt: Von der wichtigen Rolle der Genossenschaftlichen Frauenvereine in den Konsumentenorganisationen, während in Le Sentier der Verwalter, Herr A. Capt, über die Rolle der Frau in der Genossenschaft sprach und Frau Steudler «Aufbauen» als Titel ihres Vortrages gewählt hatte.

— In **Lausanne** gab Frau A. Treub-Cornaz einen Ueberblick über das Lebenswerk Josephine Butlers. — Die welsche Sektion des Genossenschaftlichen Frauenvereins **Biel** hatte eine Orientierung von Herrn Wiesmann, Sonvilier, über die Volksfürsorge, sowie ein Referat von Fräulein Vogt über «Vorbeugende Hygiene». — In **Arbon** wird Frau R. Münch, Präsidentin des K. F. S., die Herstellung und die Vorteile einer Kochkiste erläutern und anschliessend über schweizerische Ernährungsprobleme referieren. — Lyss besichtigte die Zuckerfabrik Aarberg und **Weinfelden** die Aluminiumfabrik Sigg A.-G., in Frauenfeld.

Chézard-St. Martin, Flawil, Derendingen und **Hindelbank** veranstalten Filmvorführungen, wobei am zuletzt genannten Ort der Armeefilm gezeigt wird. Gr.

Wallenstadt. (Mitg.) Auf den 19. Oktober dieses Jahres konnten die Mitglieder zur Abnahme der Jahresrechnung 1939/40 einberufen werden. Die Belegung der geeigneten Versammlungslokale durch Truppen machte es unmöglich, einen früheren Zeitpunkt festzusetzen. Der Präsident konnte hundert Mitglieder begrüssen, was rund einem Drittel der Mitgliederzahl entspricht. Der Umsatz erreichte die seit Bestehen des Lebensmittelvereins Wallenstadt höchste Summe von Franken 270,120.—. Dies bedeutet eine Zunahme von 7,6 % gegenüber dem Vorjahr. Entsprechend dem grösseren Vorrat an Lebensmitteln steht das Warenlager um 33 % höher zu Buch. Zum erstenmal gelang es, das Mobiliar zu Fr. 1.— pro memoria zu bilanzieren, womit ein längst gestecktes Ziel verwirklicht werden konnte. Trotz der grossen Inanspruchnahme der flüssigen Mittel war es möglich, Fr. 10,000.— auf den Hypotheken abzuzahlen. Die zu Fr. 84,000.— brandversicherten Immobilien sind nun noch mit Fr. 20,000.— hypothekarisch belastet. Das Betriebsergebnis ist von der Treuhandabteilung mit dem bekannten Prädikat «befriedigend» angesprochen worden, womit sich dasselbe würdig an die Vorjahre anschliesst. Für das jüngste Mitglied des Verwaltungsrates musste eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Dem Scheidenden, Herrn Franz Etter, wurde seine 10-jährige Mitarbeit bestens verdankt. Nach kurzer Diskussion folgte noch eine Orientierung über die Versorgung mit Lebensmitteln und Brennmaterialien, worauf im Schlusswort der Präsident, Herr Thomas Hefti, die Mitglieder auf die kommenden neuen Steuern aufmerksam machte.

Verwandte Organisationen

Biel. Volkshausgenossenschaft. Seit 1934 genügten die Betriebsergebnisse dieses Unternehmens nicht, um die hohe Zinsenlast und die notwendigen Abschreibungen zu decken. Bis 1940 ist das Verlustkonto auf über Fr. 200,000.— angewachsen und es musste eine gründliche Sanierung angestrebt werden, um die Genossenschaft von der Kapital- und Zinsenseite her zu entlasten. Es wurden hiefür u. a. folgende Massnahmen vereinbart: Abschreibung des Anteilscheinkapitals auf 40 %, Abschreibung der 3. Hypothek der Brauerei Cardinal von Fr. 300,000.— auf Fr. 200,000.—, Abschreibung der Hypotheken im 2. und 4. Rang der Gemeinde Biel und ihrer Guthaben für verfallene Zinsen und Steuern im Betrage von zusammen Fr. 470,000.—. Der Stadtrat von Biel hat mehrheitlich beschlossen, die Sanierungsvorschläge anzunehmen, unter der Bedingung, dass das Anteilscheinkapital auf 20 % und die Hypothek der Brauerei um weitere Fr. 50,000.— reduziert werden. Die Hypothekarbelastung wird dadurch auf ca. Fr. 900,000.— herabgesetzt. er.

Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)
Kreis VIII (Kantone Appenzell, St. Gallen und Thurgau)

II. Instruktions-Kurs für Verkaufspersonal über „Gute und schlechte Schaufenster"

Sonntag, 17. November 1940, nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus (Lämmlisbrunnstrasse), St. Gallen.

Der Vortrag, gehalten von Frl. Eichhorn, Fachlehrerin am Genossenschaftlichen Seminar, ist verbunden mit einer Reihe interessanter Lichtbilder. Ueber die erste Veranstaltung in Romanshorn finden Sie eine Berichterstattung in letzter Nummer des «Schweiz. Konsum-Verein», die mit Recht auf die lehrreiche Behandlung an Hand von Bildern hinweist. Die Kreiskasse übernimmt die Fahrtkosten (Sonntagsbilletts) für das Verkaufspersonal, während der gemeinsame Vesper, welcher nach dem Vortrag eingenommen wird, zu Lasten der Vereine geht. Vereine, die die Zahl ihrer Delegation noch nicht mitgeteilt haben, ersuchen wir, dies nachzuholen, damit die Wirtschaft sich gut vorbereiten kann.

Wir erwarten zahlreichen Besuch und pünktliches Erscheinen.

Mit genossenschaftlichem Gruss

Der Kreisvorstand.

Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)
Kreis IXb (Graubünden)

Einladung

zu einer ausserordentlichen Kreiskonferenz auf Sonntag, den 24. November 1940, 13 Uhr, im Hotel „Drei Könige", in Chur.

Traktanden:

1. Referat:

   „Aufgaben und Beobachtungen eines Vertreter-Revisors."

   Referent: Herr A. Schadegg, Vertreter-Revisor des V. S. K.

2. Aussprache.

* * *

Das gemeinsame Mittagessen, das durch die Kreiskasse übernommen wird, ist auf 11.45 Uhr angesetzt (Hotel «Drei Könige»).

Die Ansetzung auf 13 Uhr wurde bedingt durch die Rücksichtnahme auf Delegationen der verschiedenen Talschaften. Hin- und Rückreise gleichen Tags.

Die Vereinsvorstände werden gebeten, sich zahlreich vertreten zu lassen.

Mit genossenschaftlichem Gruss

Der Kreisvorstand.

Arbeitsmarkt

Angebot.

Welschschweizerin, mit Kenntnissen der deutschen Sprache, 20-jährig, welche die zweijährige Lehre und einen Kurs am Genossenschaftlichen Seminar im Freidorf absolviert hat, sucht **Stelle als Verkäuferin** in Konsumgenossenschaft. Eintritt sofort oder nach Übereinkunft. Zeugnisse zu Diensten. Offerten erbeten unter Chiffre V. 555 T. an den V. S. K., Basel 2.

Nachfrage.

Kleiner, aargauischer Konsumverein (Nähe des Bezirkshauptortes), noch sehr entwicklungsfähig (gegenwärtiger Umsatz ca. 180—200,000 Franken), sucht per **1. März 1941**, evtl. früher, **tüchtigen Verwalter.** Offerten erbeten unter Chiffre K. K. 101 an den V. S. K., Basel 2.